

Bündnis 90/Die Grünen CDU MBI

Fraktionsgeschäftsstellen:

Bahnstraße 50
Bahnstraße 31
Kohlenkamp 1
45468 Mülheim an der Ruhr

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3

Antrag

Nr.: A 14/0697-01

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

öffentlich**Datum:** 03.09.2014**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/In Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:**Status:** * **Datum:** **Gremium:**

Ö 11.09.2014 Hauptausschuss

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung****Schließung des Flughafens Essen/Mülheim, hier: Folgeabschätzung der Ausstiegsszenarien****Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBI vom 03.09.2014****Beschlussvorschlag:**

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBI beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Stadt Essen die rechtlichen, wirtschaftlichen und stadtentwicklungspolitischen Optionen in Folge einer Einstellung des Verkehrsflughafens Essen/Mülheim (FEM) darzustellen und die Ergebnisse den zuständigen Gremien mit den erforderlichen Verfahrensschritten vorzulegen.

Begründung:

Bereits seit September 2012 liegt das Gutachten der Kanzlei Lenz und Johlen/CDM Smith vor, mit dem auf Basis der entsprechenden Ratsbeschlüsse in Mülheim an der Ruhr und in Essen die Möglichkeiten der Einstellung des Flugbetriebes geprüft werden sollte. Hierzu fand am 1. März 2013 im NRW-Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr eine Anhörung statt. Im Gutachten wurde festgestellt und in der Anhörung unterstrichen, dass aufgrund der Pachtverträge mit der WDL und dem Aeroclub keinerlei Verpflichtung für

das Fortbestehen der FEM bzw. zur Aufrechterhaltung eines Verkehrsflughafens besteht. Deshalb sollen auf Basis des Gutachtens sowie der Ergebnisse der Anhörung die genannten Optionen dargestellt werden.

Die Antrag stellenden Fraktion sehen in diesem Antrag eine notwendige Ergänzung zu der Beschlussfassung im Hauptausschuss am 24. Juni d.J. mit dem Ziel, den Arbeitsauftrag an die Verwaltung zum weiteren FEM-Ausstiegsverfahren zu präzisieren.

Tim Giesbert

Fraktionssprecher

Wolfgang Michels

Fraktionsvorsitzender

Lothar Reinhard

Fraktionsvorsitzender